

29. Sessionsrückblick von Nationalrat Thomas Aeschi

Wintersession 2018



-
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr
 2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session
 3. Besuch im Bundeshaus
 4. Aktualitäten

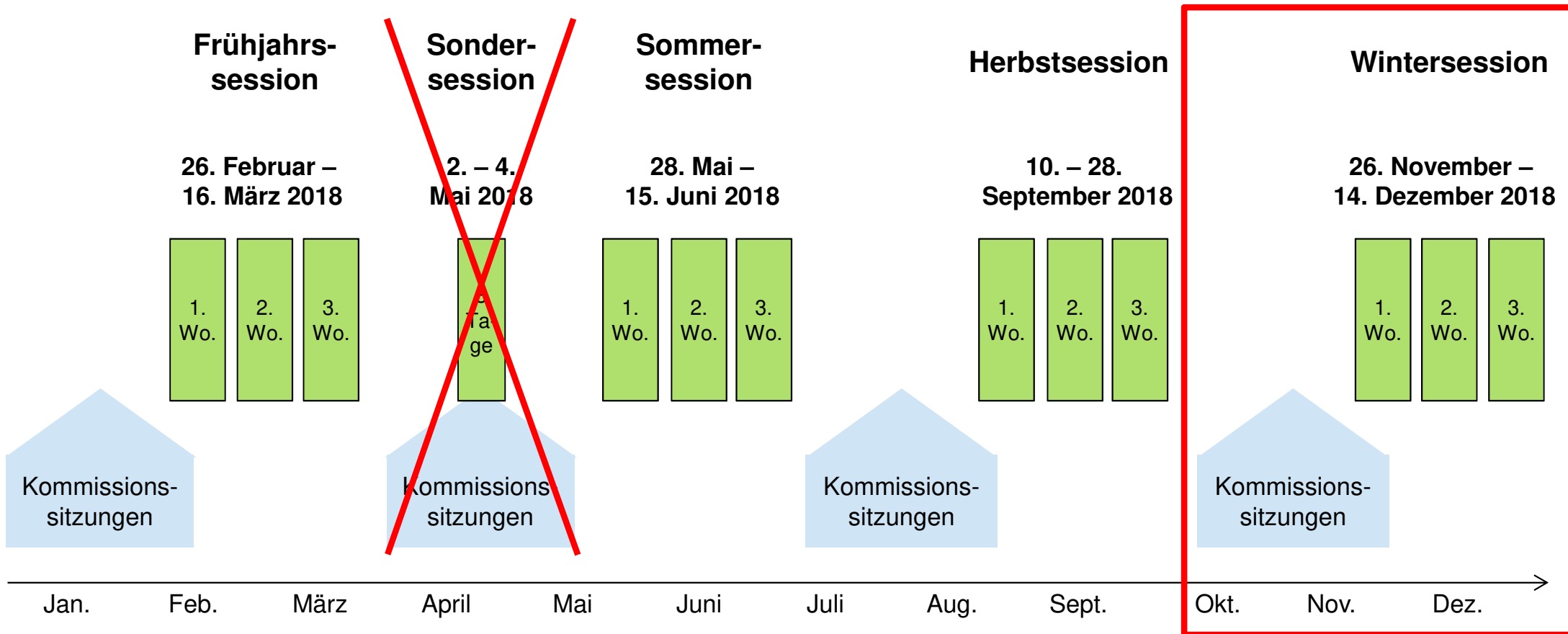
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr

2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session

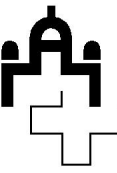
3. Besuch im Bundeshaus

4. Aktualitäten

In diesem Sessionsrückblick informiere ich über die Wintersession und andere wichtige politische Entwicklungen



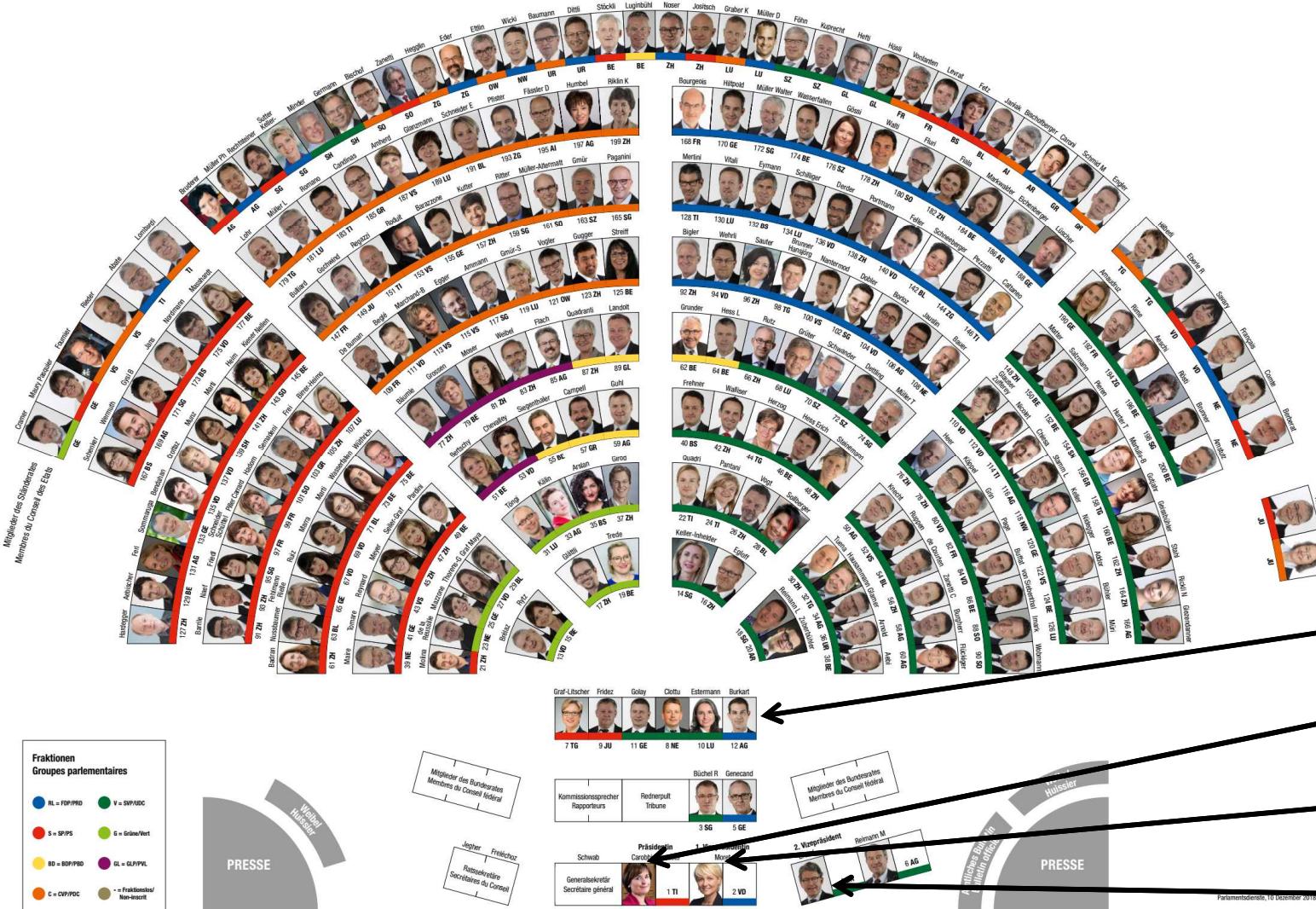
 **Zusätzlich zu den Sessionen und Kommissions-/Delegationssitzungen finden Sitzungen von parlamentarischen Gruppen, Informationsveranstaltungen und andere Anlässe statt.**



Eine typische Sessionswoche besteht nicht nur aus Ratsdebatten, sondern auch aus Fraktions- und Informationstreffen



Der Nationalrat wird durch eine Vertreterin der SP präsidiert, die Vizepräsidenten vertreten die FDP und die SVP

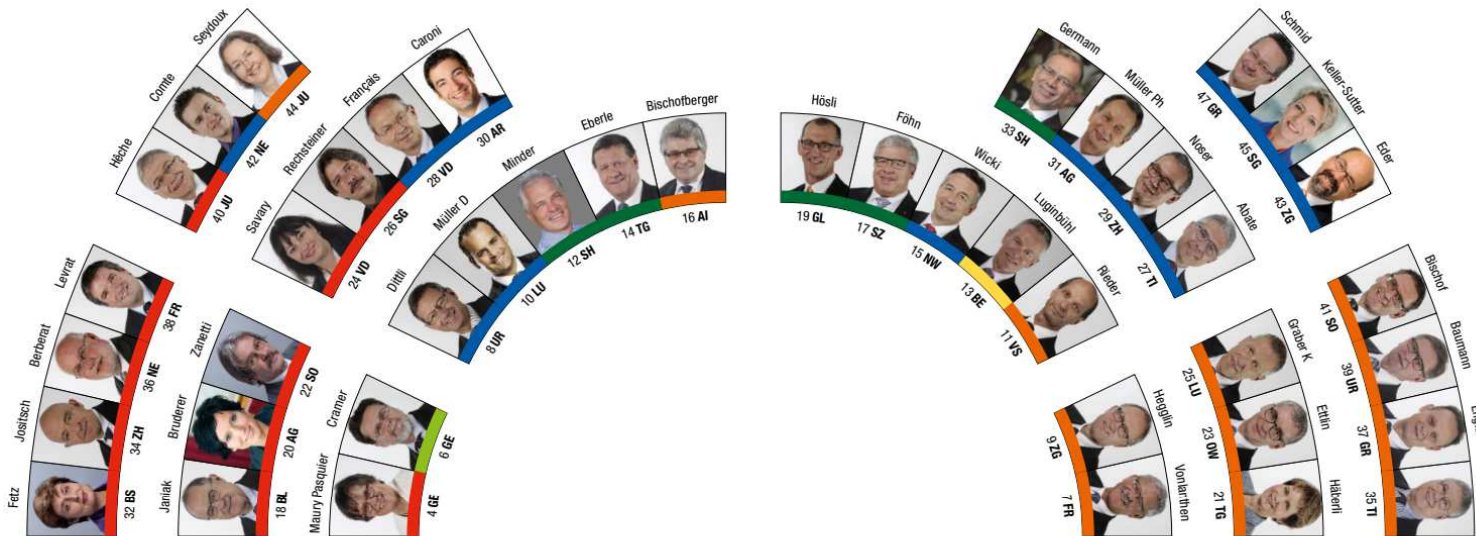


Stärke der Fraktionen im Nationalrat	
SVP:	68
SP:	43
FDP:	33
CVP/EVP:	30
Grüne:	12
GLP:	7
BDP:	7

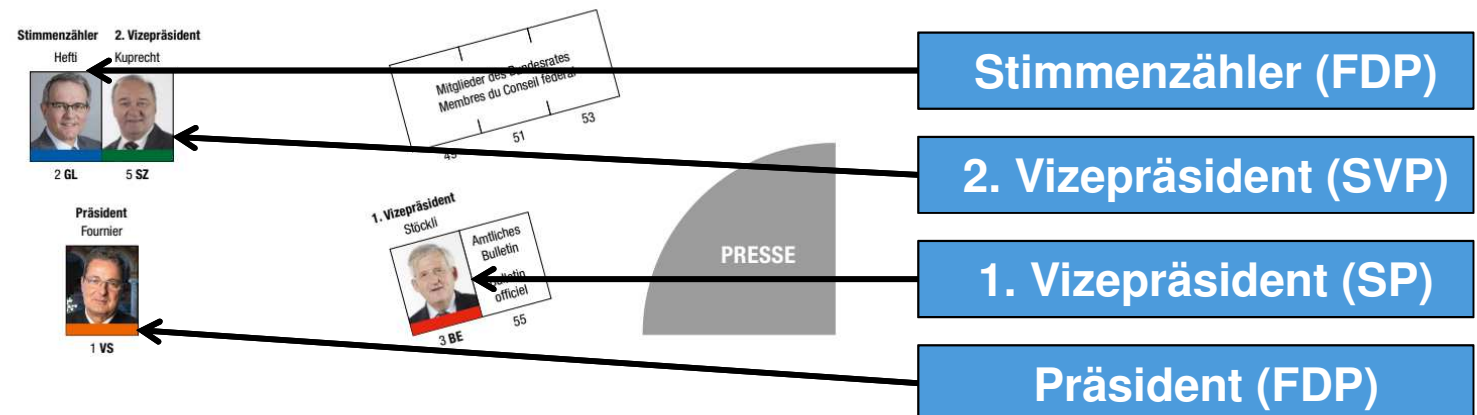
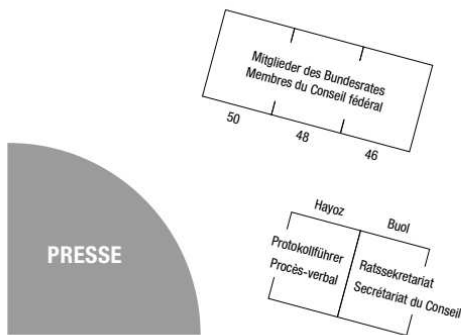
Quelle: www.parlament.ch

TA / 17. Dezember 2018

**Der Ständerat wird durch eine Vertreterin der CVP präsiert,
die Vizepräsidenten vertreten die SP und die SVP**



Stärke der Fraktionen im Ständerat	
FDP:	13
CVP/EVP:	13
SP:	12
SVP:	6
Grüne:	1
BDP:	1
GLP:	0

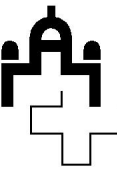


1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr

2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session

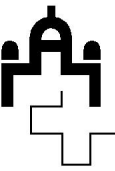
3. Besuch im Bundeshaus

4. Aktualitäten

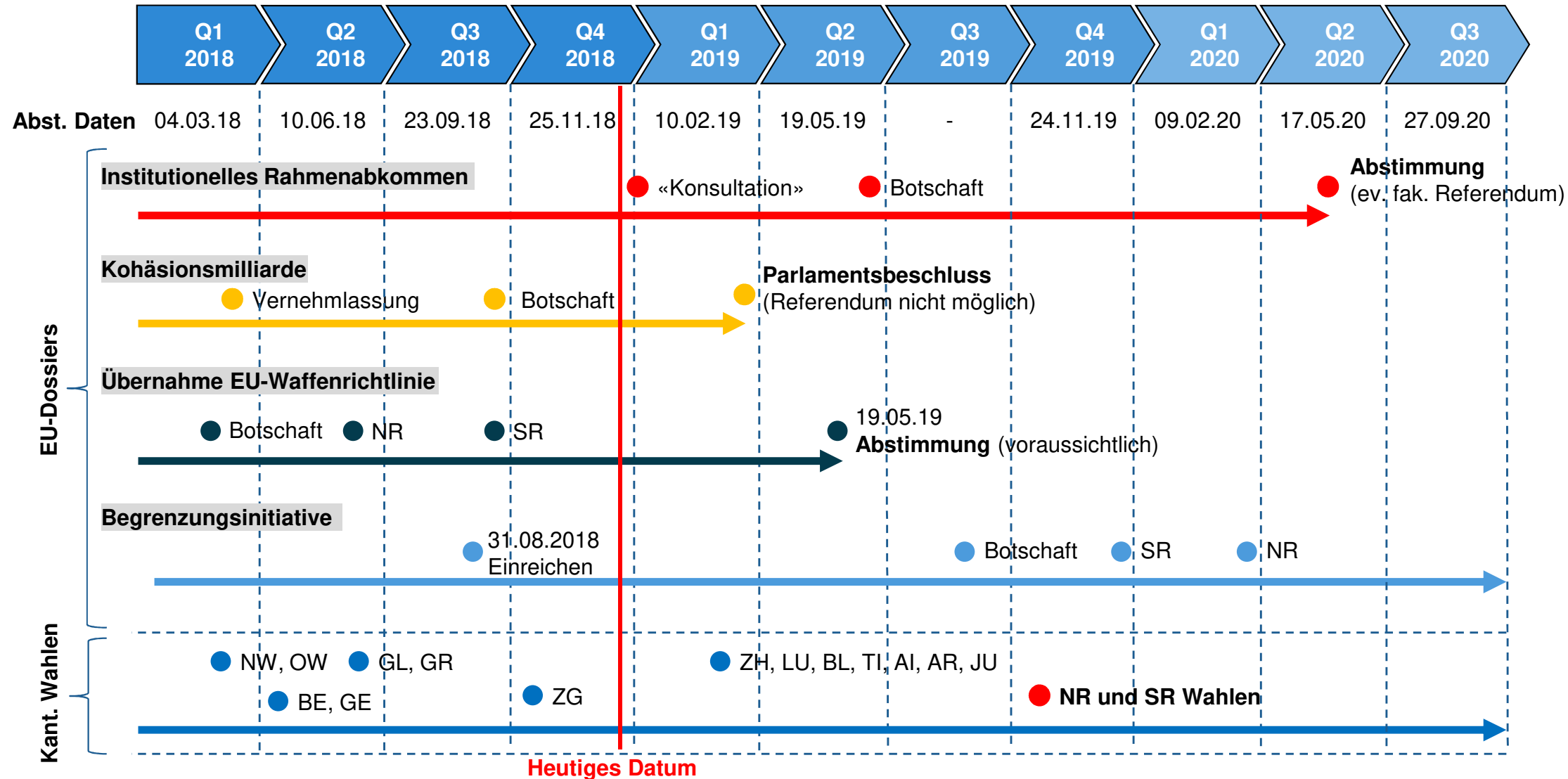


Die untenstehenden Geschäfte sind die bedeutendsten der Wintersession und werden nachfolgend vertieft behandelt

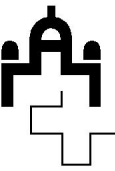
- 1 Schweiz-EU:
 - Institutionelles Rahmenabkommen
 - Kohäsionsmilliarde
 - Begrenzungsinitiative
- 2 Bundesratswahlen
- 3 Wahl des Bundespräsidenten und der Vizepräsidenten von National- und Ständerat
- 4 UNO-Migrationspakt
- 5 Revision des CO₂-Gesetzes
- 6 Bundesgesetz über den Finanz- und Lastenausgleich
- 7 Parlamentarier-Rating
- 8 Rücktritt von Toni Brunner
- 9 Diverse weitere Geschäfte



Neben dem institutionellen Rahmenabkommen stehen im EU-Dossier in den nächsten Quartalen wichtige Entscheidungen an



Bemerkung: Zeitplan nicht bestätigt
Quelle: www.admin.ch; weitere Webseiten



Endlich veröffentlicht der Bundesrat das institutionelle Rahmenabkommen



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA
Direktion für europäische Angelegenheiten DEA

7. Dezember 2018

Institutionelles Abkommen Schweiz–EU: Das Wichtigste in Kürze

1. Interessenlage

Das Ziel des Bundesrats ist ein weitgehender Zugang zum EU-Binnenmarkt sowie Kooperationen mit der EU in ausgewählten Bereichen bei grösstmöglicher politischer Eigenständigkeit. Der **bilaterale Weg** hat sich als europapolitischer Ansatz bewährt, welcher diesen Interessen der Schweiz am besten gerecht wird. Mit einem institutionellen Abkommen (InstA) will der Bundesrat den bilateralen Weg bzw. den **EU-Binnenmarktzugang konsolidieren**, zukunftsfähig machen und dessen Weiterentwicklung ermöglichen.

7. Beiträge zur Verringerung wirtschaftlicher und sozialer Ungleichheiten

In der Präambel und einer gemeinsamen politischen Erklärung werden die Schweizer ausgewählte EU-Mitgliedstaaten zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten der EU genannt. Sie werden in den Kontext des EU-Binnenmarktzugangs gestellt und als solche sowie autonome Beiträge der Schweiz anerkannt. Die Schweiz zeigt sich zudem bereit, **amarrange**

8. Kündigungsklausel (Artikel 22)

Das InstA tritt sechs Monate nach dessen Kündigung ausser Kraft. Die Konsequenz für die fünf bereits bestehenden, vom InstA abgedeckten Marktzugangsabkommen wäre keine direkte Kündigung. Vertraglich vorgesehen ist ein **Konsultationsprozess von drei Monaten**, in welchem die Parteien die Auswirkungen auf diese Abkommen und das weitere Vorgehen diskutieren würden. Könnten sich die Parteien auf eine entsprechende Lösung einigen, würden diese Abkommen nicht ausser Kraft gesetzt. Andernfalls treten auch diese – nach Ablauf derer Kündigungsfrist von weiteren 6 Monaten - ausser Kraft. Neue sektoruelle Abkommen, die erst nach Abschluss des InstA vereinbart wurden, treten gemeinsam mit den InstA sechs Monate nach dessen Kündigung ausser Kraft.

23.11.2018 – Version finale

ACCORD FACILITANT LES RELATIONS BILATÉRALES ENTRE L'UNION EUROPÉENNE ET LA CONFÉDÉRATION SUISSE DANS LES PARTIES DU MARCHÉ INTÉRIEUR AUXQUELLES LA SUISSE PARTICIPE

L'UNION EUROPÉENNE,

d'une part, et

LA CONFÉDÉRATION SUISSE, ci-après dénommée la Suisse

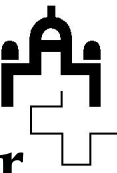
d'autre part,

ci-après dénommées les «PARTIES CONTRACTANTES»,

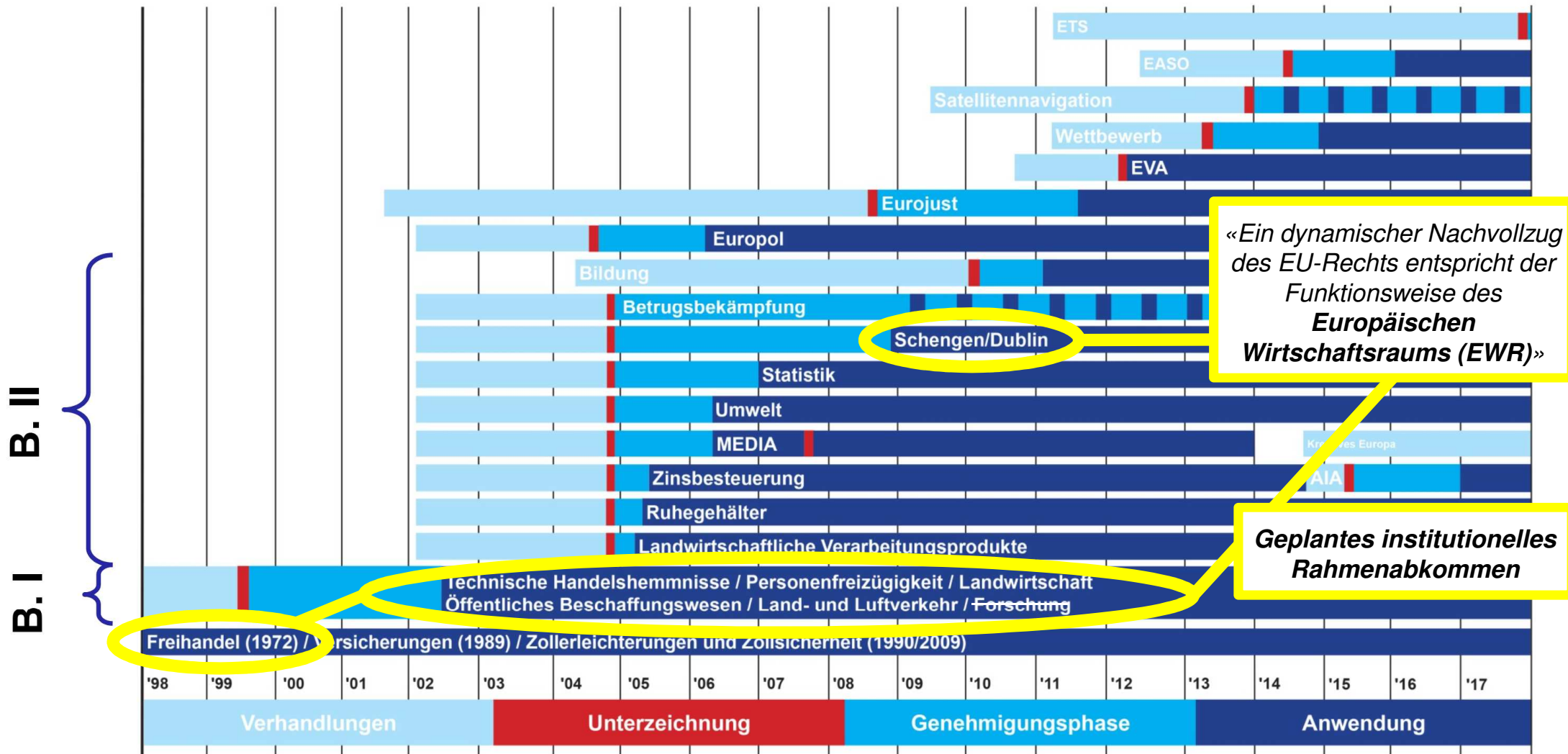
RÉAFFIRMANT la grande priorité qu'elles attachent aux relations privilégiées, fondées sur leur proximité, leurs valeurs communes et leur identité européenne, qui lient l'Union européenne, ses États membres et la Suisse,

CONSIDÉRANT que l'Union européenne et la Suisse sont liées par de nombreux accords bilatéraux couvrant divers domaines et prévoyant des droits et des obligations spécifiques, analogues, à certains égards, à ceux prévus pour l'Union européenne;

RAPPELANT que l'objectif de ces accords bilatéraux est de resserrer les liens économiques entre l'Union européenne et la Suisse, reposant sur l'égalité, la réciprocité et l'équilibre général des avantages, des droits et obligations des parties contractantes;



Überblick über die wichtigsten bilateralen Verträge zwischen der Schweiz und der EU



Das institutionelle Rahmenabkommen wird von rechts und links scharf kritisiert – Ist das «Kanada-Modell» eine Alternative?

Ein «Kanada-Modell» statt Bilaterale als Ausweg?

Was ein umfassendes Freihandelsabkommen von einer Beteiligung am EU-Binnenmarkt unterscheidet

Ersetzt die Schweiz die bilateralen Verträge mit der EU durch ein umfängliches Freihandelsabkommen, könnte sie auf das ungeliebte Rahmenabkommen verzichten. Doch was wäre der Preis dafür?

RENÉ HÖLTSCI

Die Schweiz sollte auf die bilateralen Verträge verzichten und stattdessen ein «umfassendes» Freihandelsabkommen aushandeln: Dieses Argument ist bei manchen Schweizer Gegnern des umstrittenen institutionellen Rahmenabkommens mit der EU beliebt. Sie verweisen auf Kanada, das über den 2016 unterzeichneten und im September 2017 vorläufig in Kraft gesetzten Freihandelsvertrag (Ceta) einen ähnlichen Marktzugang genießt wie die Schweiz und dafür keinen institutionellen Rahmen benötigt. Die Idee, ein vergleichbares Abkommen mit der EU auszuhandeln oder das bestehende Freihandelsabkommen von 1972 entsprechend auszubauen, ist nicht neu. Sie kam etwa auch im Zusammenhang mit der Masseneinwanderungsinitiative (MEI) auf. Aber könnte das «Kanada-Modell» tatsächlich die «Bilateralen» ersetzen?



Die Abkehr von den Bilateralen kann zu Grenzkontrollen für Futtermittel führen und Zeugnisse erfordern.

GORAN BASIC / NZZ

fungswesen, das derzeit in einem bilateralen Vertrag geregelt ist: Auch viele moderne FHA gewähren Zugang zu öffentlichen Aufträgen der Gegenseite. Allerdings hätten die Unternehmen wegen des erwähnten Wegfalls von Entsendungen mehr Probleme, den Auftrag von Schweizer Personal durchführen zu lassen. Alles in allem dürfte im wirtschaftlichen Verkehr mit der EU an so vielen Stellen Sand ins Getriebe kommen, dass in der Gesamtwirkung schwer prognostizierbare, aber doch deutliche wirtschaftliche Einbussen zu erwarten wären. Verzichten müsste Bern zudem auf den Abschluss der derzeit hängigen Marktzugangsverhandlungen, insbesondere auf das geplante Stromabkommen.

Abzuwarten bliebe, wie weit die EU Hand für Neueregungen über ein FHA bieten würde. Denn sollte die Schweiz tatsächlich die Bilateralen durch ein umfassendes FHA ablösen wollen, würde sie dies wohl im Zusammenhang mit einer geplanten Kündigung der Bilateralen oder aber als Reaktion auf eine schleichende Erosion des bilateralen Wegs im Gefolge eines Scheiterns des Rahmenabkommens tun. Beides wären aus EU-Sicht unfreundliche Entwicklungen. Zudem würde die EU in jede Neuverhandlung eigene Interessen einbringen. So könnte sie etwa eine stärkere Liberalisierung des Agrarhandels for-

Kanada hat fast gleichen Marktzugang zur EU wie die Schweiz

- Eine Studie der Universität Genf zeigt auf, dass Kanada mit dem sog. *Comprehensive Economic and Trade Agreement, CETA* fast den gleichen Marktzugang zum EU-Binnenmarkt wie die Schweiz hat.
- Bei drei der sog. «vier Freiheiten der EU», beim freien Warenverkehr, beim freien Dienstleistungsverkehr und beim freien Kapitalverkehr hat Kanada in etwa den gleichen Marktzugang zu den ~450 Mio. Konsumenten in der EU (exkl. Grossbritannien, GB) wie die Schweiz.
- Bei der vierten Freiheit, dem freien Personenverkehr, haben Kanada und die EU keine Öffnung vollzogen.
- Auch GB strebt ein CETA-ähnliches Abkommen mit der EU an um einerseits den Marktzugang zu erhalten und andererseits die Zuwanderung einzuschränken.

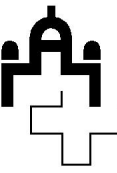
Das kanadische Freihandelsabkommen entspricht in weiten Teilen einem Marktzugangsabkommen, wie es die Schweizer Bevölkerung will (Marktzugang ja, aber ohne Personenfreizügigkeit)

	EEA/EFTA (Norway)	Swiss B.A. (in force)	Swiss B.A. (future)*	EU-Ukraine (DCFTA)	EU-Canada (CETA)
4 freedoms / Internal market:					
Free movement of goods (tariff barriers)					
- Industrial goods	Yes	Yes		Yes	Yes
- Unprocessed agric. products	No	No		Yes	Yes**
- Processed agric. products	Limited	Limited (CH still applies duties)		Yes***	Yes
- Fisheries	Limited	Yes		Yes***	Yes
(non-tariff barriers)					
Conformity assessment	Yes	Yes		Yes	Yes
Mutual recognition (Cassis de Dijon principle)	Yes	No (CH unilat. application)		No	No
Trade facilitation (simplification of border controls and formalities)	Yes	Yes		Yes	Yes
Anti-fraud cooperation (customs)	Yes	Yes		Yes	Yes
Identical rules on preferential origin (Pan-Euro-Med Convention)	Yes	Yes		Yes	No
Free Movement of persons	Yes	Yes		No	No
- Mutual recognition of diplomas	Yes	Yes	Unchanged	No	No****
- Social security coordination	Yes	Yes		No	No
- Posted workers	Yes	Yes (special rules)		No	No
- Citizens' right directive	Yes	No		No	No
Free movement of services					
Postal services	Yes	No		Yes***	Limited
EU no-roaming area	Yes	No		In negotiation	No
EU financial passport	Yes	No		No	No
Equivalences (if no financial pass.):					
- MiFID II (trading obligation shares)	-	Limited*****		No	No
- Solvency II (insurance)	-	Yes		No	Limited
- EMIR (central counterparties)	-	Yes		No	Yes
Air transport	Yes	Yes		No	limited
Public procurements	Yes	Yes		Yes***	Yes
Free movement of capital (removal of capital controls)	Yes	in force before the B.A.		progressive removal	in force before the CETA
EU Capital Markets Union	Yes	No		No	No
Customs Union					
EU common external tariff	No	No		No	No
Controls on rules of origins	Maintained	Maintained		Maintained	Maintained
Freedom to negotiate trade agreements with non-EU countries	Maintained (alone or via EFTA)	Maintained (alone or via EFTA)		Maintained	Maintained
EU Value added tax					
EU VAT area (removal of border controls on indirect taxation)	No	No		No	No
Energy policy					
EU market-coupling (electricity)	Yes	No (negotiations frozen)		No	No
EU emission trading system	Yes	Participation in 2019		No	No
Competition policy					
Cartel, abuse of dominant position and mergers (alignment on EU rules)	Yes	Yes (coop. agreement + CH aligns on <i>acquis</i>)		Yes	No
State aid (alignment on EU rules)	Yes	No	Yes (proposed by EU)	Yes	No

Mitte-Links will das Volk nicht über die Kohäsionsmilliarde abstimmen lassen

Der Ständerat hat die sogenannte EU-Kohäsionsmilliarde bewilligt, ohne dass dagegen ein Referendum ergriffen werden kann. 1'302 Millionen Franken soll die Schweiz während 10 Jahren in Projekte in Ost- und Südeuropa investieren, ohne etwas im Gegenzug zu erhalten. Das Volk würde der Kohäsionsmilliarde wohl nie zustimmen, weshalb es erst gar nicht gefragt werden soll. Die SVP wird nun im Nationalrat weiterkämpfen, dass die Sache dem Volk vorlegt werden kann.





Ein freies und selbstbestimmtes Land wie die Schweiz hat die Einwanderung selber zu steuern, wie dies die meisten Länder tun

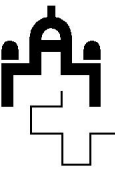
Probleme der masslosen Zuwanderung endlich lösen

Zuwanderung eigenständig regeln

Personenfreizügigkeit notfalls kündigen

- Seit Einführung der vollen Personenfreizügigkeit mit der EU im Jahr 2007 gibt es eine unkontrollierte und masslose Zuwanderung in die Schweiz. Pro Jahr wandern 60'000 bis 80'000 Personen mehr in unser Land ein als es verlassen. Die negativen Folgen sind schmerzhaft: Einheimische Arbeitsplätze werden zusehends gefährdet, namentlich ältere Leute verlieren ihre Stelle und werden durch junge Ausländer ersetzt, der Wohnraum wird knapper, die Mieten und Hauspreise steigen und die Landschaft wird zubetoniert. Züge, Strassen und Schulen platzen aus allen Nähten. Migranten verändern unsere Kultur. Plätze, Züge und Strassen werden unsicherer. Hinzu kommt, dass praktisch die Hälfte aller Sozialhilfebezüger Ausländer sind. Entsprechend steigen die Sozialhilfeausgaben der Gemeinden ins Unerträgliche.
- Ein freies und selbstbestimmtes Land wie die Schweiz hat die Einwanderung selber zu steuern, wie dies die meisten erfolgreichen Länder der Welt tun. Es käme ihnen nie in den Sinn, über 500 Millionen Bürgern anderer Staaten einen rechtlichen Anspruch auf Einwanderung zu gewähren. Vielmehr verschärfen sogar viele Länder vor dem Hintergrund der weltpolitischen Entwicklungen ihre Einwanderungsgesetze.
- Der Bundesrat wird beauftragt, auf dem Verhandlungsweg das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU spätestens zwölf Monate nach Annahme der Begrenzungs-Initiative ausser Kraft zu setzen. Ist eine Verständigung in dieser Zeit nicht möglich, ist das Personenfreizügigkeitsabkommen innert 30 Tagen zu kündigen.





Mit dem institutionellen Rahmenabkommen würde die Schweiz ihre Freiheit und Unabhängigkeit aufgeben

	Institutionelles Rahmenabkommen	Begrenzungsinitiative
Worum es geht	<ul style="list-style-type: none"> ▪ EU-Recht und EU-Richter statt Schweizer Recht. 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Die Zuwanderung von Ausländerinnen und Ausländern soll wieder eigenständig geregelt werden.
Was die Folgen sind	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Zwingende Übernahme EU-Recht = Entmachtung des Schweizer Bürgers ▪ Unterstellung unter fremde Gerichte = Angriff auf die Schweizer Souveränität ▪ EU kann Sanktionen ergreifen ▪ Übernahme der Unionsbürgerrichtlinie ▪ Jährliche Kohäsionszahlungen ▪ Die EU ordnet an = EU-Beitritt in Raten = Ende des bilateralen Weges 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Eigenständige Steuerung, d.h. Kontingente und Höchstzahlen ▪ Bewährte Lösung, welche die Schweiz von 1970-2007 praktizierte ▪ Kündigung der Personenfreizügigkeit mit der EU, falls Ausserkraftsetzung auf Verhandlungsweg nicht möglich ist
Was zu tun ist	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Das institutionelle Rahmenabkommen ▪ muss zwingend abgelehnt werden. 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Um die Zuwanderung wieder eigenständig zu steuern muss die Begrenzungsinitiative unbedingt angenommen werden.

Bei den Bundesratswahlen obsiegen die beiden Favoritinnen, Ständerätin Karin Keller-Sutter und Nationalrätin Viola Amherd

Neue Zürcher Zeitung

NZZ – GEGRÜNDET 1780

AZ 8021 Zürich · Fr. 4.70 · € 4.70

Donnerstag, 6. Dezember 2018 · Nr. 284 · 239. Jg.

Pharmariesen ignorieren Milliardenmarkt

Tiermedizin passt nicht in Strategie

df. · Jahrzehntlang war es für grosse Medikamentenhersteller wie Novartis üblich, Arzneien für Menschen sowie für Haus- und Nutztiere unter demselben Dach zu entwickeln und zu vermarkten. Dafür gab es gute Gründe, denn viele Erkrankungen wie zum Beispiel Entzündungen kommen bei Menschen genauso wie bei Vierbeinern vor. Erfahrungen aus der Entwicklung neuer Wirkstoffe im Bereich der Humanmedizin flossen in die Tiermedizin ein und umgekehrt.

Doch in den letzten fünf Jahren hat sich bereits eine Handvoll Pharmamultis aus dem Geschäft mit der Tiergesundheit zurückgezogen oder zumindest angekündigt, dies demnächst zu tun. Es sind dies Novartis, die französische Sanofi-Gruppe, die Konzerne Pfizer und Eli Lilly aus den USA sowie – seit neuestem – Bayer. Sie folgen einem Trend, der die gesamte Branche erfasst hat: Investoren verlangen von Vertretern dieses Sektors, sich auf das Kerngeschäft zu konzentrieren. Die Vermarktung von Antibiotika für Rinder oder Entwurmungsmitteln für Hunde hat in dieser Strategie keinen Platz mehr. Allerdings gäbe es durchaus Argumente, die dafür sprächen, an der Tiermedizin festzuhalten. Der Markt wächst, nicht nur weil die Bestände an Schweinen oder Rindern wegen des steigenden Fleischkonsums weltweit zunehmen. Es gibt auch immer mehr Haustiere, die zudem medizinisch immer besser versorgt werden.

Wirtschaft, Seite 25



MANUEL BIERI / KEYSTONE

Die Bundesrätinnen Nummer acht und neun: die Walliserin Viola Amherd und die St. Gallerin Karin Keller-Sutter.

Quelle: NZZ vom 6. Dezember 2018

TA / 17. Dezember 2018

Vier Departemente erhalten eine neue Führungsperson

So teilen sich die Bundesräte die Aufgaben auf

■ Departement 2019 unter neuer Leitung ■ Departement 2019 unter bisheriger Leitung

Alain Berset
(SP, seit 2011)



EDI

Innendepartement
2284 Vollzeitstellen*

Ueli Maurer
(SVP, seit 2009)



EFD

Finanzdepartement
8753 Vollzeitstellen*

Simonetta Sommaruga
(SP, seit 2010)



UVEK

Umweltdepartement
2258 Vollzeitstellen*

Guy Parmelin
(SVP, seit 2015)



WBF

Wirtschaftsdepartement
2138 Vollzeitstellen*

Ignazio Cassis
(FDP, seit 2017)



EDA

Aussendepartement
5327 Vollzeitstellen*

Viola Amherd
(CVP, neu)



VBS

Verteidigungsdepartement
11 613 Vollzeitstellen*

Karin Keller-Sutter
(FDP, neu)



EJPD

Justizdepartement
2484 Vollzeitstellen*

Das erwartet die Neue:

Die grösste Herausforderung der neuen Verteidigungsministerin wird die Erneuerung der Luftwaffe.

Das erwartet die Neue:

Die Justizministerin muss als Erstes die wichtige Abstimmung über die Schengen-Waffenrichtlinie gewinnen.

*Stand 2016

Grafik: brä/Quelle: admin.ch

SVP-Bundesrat Ueli Maurer wird mit einem Rekordergebnis zum Bundespräsidenten 2019 gewählt

- **Ueli Maurer mit Rekordergebnis zum Bundespräsidenten 2019 gewählt:** Die Vereinigte Bundesversammlung wählt Ueli Maurer mit 201 von 209 gültigen Stimmen zum Bundespräsidenten 2019. Das ist das beste Resultat für einen Bundespräsidenten seit 1989.
- **SVP übernimmt Vizepräsidien in National- und Ständerat:** Mit Nationalrat Heinz Brand (GR) und Ständerat Alex Kuprecht (SZ) übernimmt die SVP in beiden Räten das Amt des 2. Vizepräsidenten. Damit werden 2021 aller Voraussicht nach die Eidgenössischen Räte als auch der Bundesrat mit Guy Parmelin von der SVP präsidiert.



Der Bundesrat legt dem Parlament den UNO-Migrationspakts vor – ein Referendum will er aber nicht zulassen

Der Druck der SVP hat gewirkt: Ständerat und Nationalrat haben klar entschieden, dass das Parlament über den UNO-Migrationspakt befinden soll. Damit darf der Bundesrat die Schweiz nicht durch die Hintertüre zur Förderung der weltweiten Migration verpflichten. Stattdessen muss er nun beiden Räten den Antrag auf Zustimmung in Form eines Bundesbeschlusses unterbreiten. Angesichts des breiten Widerstands gegen den Migrationspakt ist es ein Affront gegen Parlament und Bevölkerung, dass der Bundesrat diesen Bundesbeschluss nun nicht dem fakultativen Referendum unterstellen will.

Quelle: Basler Zeitung vom 25. Oktober 2018

TA / 17. Dezember 2018

UNO-Migrationspakt: Nein danke!

Der Migrationspakt wäre in der Schweiz das erste Regelwerk, in dem festgehalten wird, wie das Volk zu denken hat und wie der Bürger zu sanktionieren ist, wenn er von der Meinung des Mainstreams abweicht.



Der Bundesrat (im Bild: Justizministerin Simonetta Sommaruga) hat dem Migrationspakt seine Zustimmung erteilt. Bild: Keystone

Markus Melzl
25.10.2018

Während mehr als zwei Jahren bastelten unzählige Diplomaten an der Ausarbeitung eines UNO-

Artikel zum Thema

Widerstand im Parlament gegen den Migrationspakt der UNO



Aussenpolitiker von SVP und FDP kritisieren das Abkommen scharf, das der Bundesrat im Dezember unterzeichnen will. **Mehr...**
Von Dominik Feusi, Bern 17.10.2018

«Pakt widerspricht der Verfassung»

Interview Hans-Ueli Vogt erklärt, weshalb der Bundesrat den Migrationspakt nicht unterzeichnen soll. **Mehr...**
Von Andrea Sommer 08.10.2018

Mitte-Links wollte die Preise für Benzin und Heizöl massiv verteuern - Dank der SVP wurde dieses Vorhaben (vorerst) verhindert

Der Nationalrat hat die Revision des CO₂-Gesetzes abgelehnt. Die eigentums- und wirtschaftsfeindliche Vorlage hätte zu einer massiven Erhöhung der Abgaben geführt ohne messbare Auswirkungen auf das weltweite Klima. Mitte-Links hatte dabei den Bogen überspannt und eine Benzinpreiserhöhung von bis zu 20 Rappen und eine Heizölpreiserhöhung von über 20 Rappen pro Liter gefordert. Auch Ölheizungen wollte das Gesetz verbieten. Dank dem Engagement der SVP werden Mittelstand, Familien, Ältere, die Bevölkerung in den Randregionen und das Gewerbe nicht zusätzlich belastet.

Quelle: Tagesanzeiger vom 12. Dezember 2018

TA / 17. Dezember 2018

Nun will niemand schuld sein am Rückschlag für den Klimaschutz

Umwelt Das CO₂-Gesetz ist im Nationalrat gescheitert. Das gibt selbst am Klimagipfel in Polen zu reden.

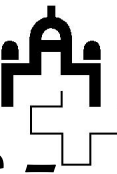
Stefan Häne, Zürich
und **Martin Läubli**, Katowice

Mehr als zehn Stunden Debatte – und dann: das jähe Ende. Der Nationalrat hat gestern das neue CO₂-Gesetz in der Schlussabstimmung mit 92 zu 60 Stimmen bei 43 Enthaltungen abgelehnt. Die SVP war von Beginn weg gegen die Vorlage, mit der der Bundesrat das Klimaabkommen von Paris umsetzen möchte. Weil SVP und FDP, die eine Mehrheit der Sitze halten, das Gesetz in entscheidenden Punkten abschwächen, trug es die Ratslinie am Ende nicht mehr mit. Gescheitert ist die Vorlage vor allem daran, dass der Nationalrat bei der Reduktion der Treibhausgase auf den Kauf von Emissionszertifikaten im Ausland setzte. Er lehnte es ab, einen Inlandanteil im Gesetz zu verankern. Auch von einer Flugticketabgabe wollte er nichts wissen. Die Vorlage kommt nun in den Ständerat, wo im neuen Jahr die Beratungen von vorne beginnen.

Der Entscheid gibt auch im polnischen Katowice zu reden, wo dieser Tage die Klimakonferenz der Weltgemeinschaft stattfindet. «Wir sind ein reiches Land, wir können eine ehrgeizige Klimapolitik betreiben, wie der Bundesrat es will, brauchen

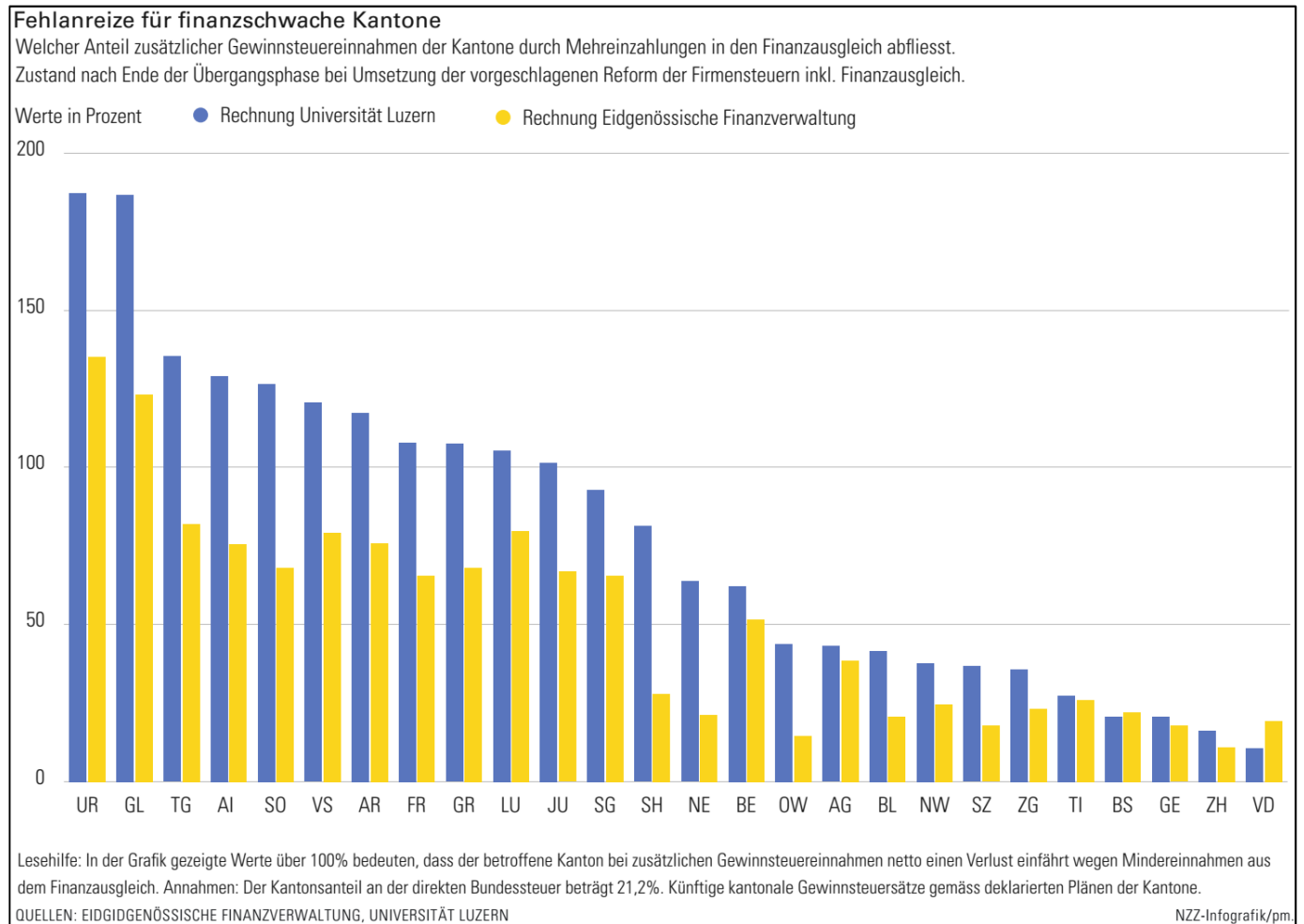


Der schrumpfende Riese: Der Aletschgletscher, vom Jungfraujoch aus fotografiert. Foto: Anthony Annex (Keystone)



Die Anpassung des Finanzausgleichs entlastet die Geberkantone – Fehlanreize für finanzschwache Kantone bleiben jedoch bestehen

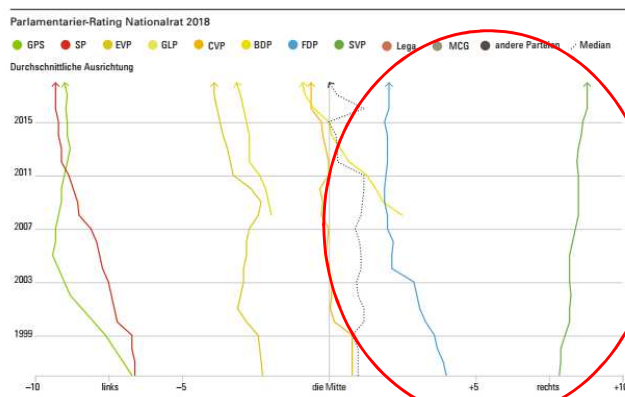
Die heutige Ausgestaltung des Finanzausgleichs beinhaltet Fehlanreize und belastet die Geberkantone stark. Die Geber- und Nehmerkantone einigten sich auf einen Kompromiss, den der Ständerat so verabschiedete. Der Ausgleich zwischen ressourcenstarken und ressourcen-schwachen Kantonen soll künftig nicht mehr alle vier Jahre politisch ausgehandelt, sondern nach einer fixen Formel berechnet und leicht gesenkt werden. Da die Nehmerkantone in der Überzahl waren, konnten sie die Geberkantone in der Vergangenheit einfach überstimmen. Um die kurzfristigen Ausfälle bei den Empfängerkantonen zu kompensieren, springt der Bund während 5 Jahren ein. Der Nationalrat wird das Geschäft im Frühling 2019 behandeln.



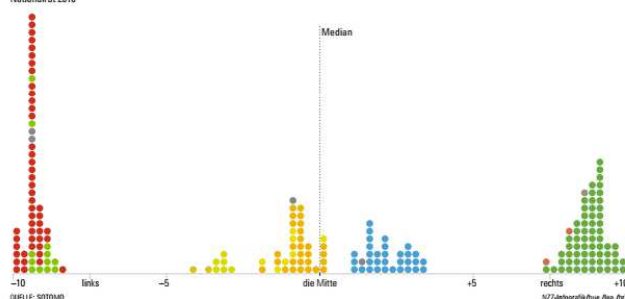
Alle Parteien ausser der SVP haben sich in den letzten Jahren nach links bewegt

Gerhard Pfister zieht nach links

Insgesamt haben sich die Links-rechts-Positionierungen im Nationalrat seit dem letzten Jahr wenig verändert – ein paar Persönlichkeiten fallen aber durch politische Wendigkeit auf



Wie der Nationalrat im Links-rechts-Spektrum positioniert ist Nationalrat 2018



ihrem Amtsantritt die Parteipräsidentin Petra Gössi.

CVP
Die zunehmend gestutzten Flügel der CVP haben heute noch eine Spannweite von -1,5 (Kathy Riklin) bis 0, wo neben Gerhard Pfister auch Daniel Fässler und Fabio Regazzi positioniert sind. Die in den Bundesrat gewählte Viola Amherd (-1,0) positioniert sich auch in ihrem letzten Rating konstant im linken Spektrum der Partei. Sie schaffte die Wahl offenbar auch ohne politische Wendigkeit.

Grüne

Bei den Grünen wird der linke Pol von der Parteipräsidentin Isabella Moret (3,4) aufgespannt. Den grössten Positionswechsel aller derzeitigen Fraktionsmitglieder hat der Zürcher Hans-Peter Portmann vollzogen. Er ist in den letzten fünf Jahren knapp einen Punkt nach links gerückt. Ebenfalls vom rechten Rand Richtung Mitte der Fraktion gerückt ist seit

gleich neben ihr findet sich Fraktionspräsident Balthasar Glättli (-9,4).

Grünliberale

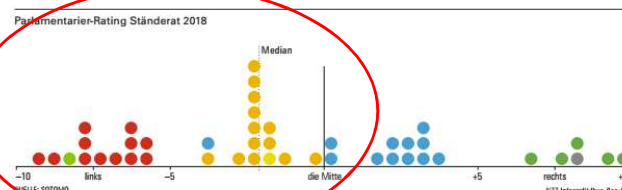
Auch bei den sehr geschlossen politisierenden Grünliberalen positioniert sich die Fraktionspräsidentin Tiana Angelina Moser (-3,3) links, der Parteipräsident Jürg Grossen (-3,0) befindet sich jedoch am rechten Rand der kleinen Fraktion.

BDP

BDP-Parteipräsident Martin Landolt ist nach Gerhard Pfister das Mitglied, das sich am meisten nach links verschoben hat. Während der Linksruck von Pfister zu einem Zusammenrücken der Fraktion führte, hat der Linksruck von Landolt seine Fraktion ideologisch in die Breite gezogen.

Zur Methode

Das Nationalrats-Rating wird seit 2012 mit der Methode «DW Nominate» berechnet, für den Ständerat wird seit 2015 «Alpha Nominate» verwendet. Diese Methoden wurden für den amerikanischen Kongress entwickelt und bilden die ideologische Ausrichtung der Parlamentarier ab, ohne dass die einzelnen Abstimmungen bewertet werden müssen. Die Rating-Werte werden durch den paarweisen Vergleich der Parlamentarier berechnet. Je grösser die Übereinstimmung im Abstimmungsverhalten ist, desto näher sind sich die Parlamentarier. «DW Nominate» bildet zusätzlich Trends in der Positionierung ab, die einen zeitlichen Vergleich der Positionen einzelner Parlamentarier erlauben.



Die Ständeratsmitglieder auf der Links-rechts-Achse (exklusive Ständeratspräsidentin Karin Keller-Sutter, SG)

Name	Kanton	Rating	Name	Kanton	Rating	Name	Kanton	Rating
CVP-Fraktion						SVP-Fraktion		
Herli Thomas	GL	3,0	Barberat Didier	NE	-7,1	Föhn Peter	SZ	10,0
Wicki Hans	NW	3,0	Zanetti Roberto	SO	-7,7	Höbel Werner	GL	9,0
Eder Joachim	ZG	2,7	Rechtsteiner Paul	SG	-7,8	Minder Thomas	SH	8,3
Caroni Andreas	AR	2,5	Levrat Christian	FR	-8,0	Germann Hannes	SH	8,0
Noser Ruedi	ZH	2,3	Fetz Armin	BS	-8,7	Beckli Roland	TG	7,5
Dittli Josef	UR	2,1	Maury Pasquier Liliane	GE	-9,2	Kuprecht Alex	SZ	6,9
Müller Damian	LU	1,5	SP-Fraktion			BDP-Fraktion		
Abate Fabio	TI	0,2	Bruderer Pascale	AG	-6,1	Luginbühl Werner	BE	-1,6
François Olivier	VD	0,0	Héche Claude	JU	-6,5	Grüne-Fraktion		
Comte Raphaël	NE	-3,8	Stöckli Hans	BE	-6,5	Cramer Robert	GE	-8,4
Joachim Daniel	ZH	-5,6	Savary Géraldine	VD	-6,7			
Janiak Claude	BL	-5,7						
Bruderer Pascale	AG	-6,1						
Héche Claude	JU	-6,5						
Stöckli Hans	BE	-6,5						
Savary Géraldine	VD	-6,7						

Die ideologische Landkarte der kleinen Kammer

Der Schweizer Peter Föhn und die Genferin Liliane Maury Pasquier markieren die Pole

MICHAEL HERMANN / DAVID KRÄHENBÜHL / NZZ VISUALS

Auch wenn der Ständerat bekannt ist für seine Kompromisskultur, deckt er heute fast das gesamte Spektrum zwischen -10 (links) und +10 (rechts) ab. Wie im Nationalrat zeigen sich auch hier Konstanz und Bewegung. Zu den Konstanten im Rat gehört der Schweizer SVP-Politiker Peter Föhn (10,0), der bereits in seiner Zeit im Nationalrat ganz rechts aussen politisierte. Ebenfalls zu den Konstanten gehört die Genfer SP-Ständerin Liliane Maury Pasquier (-9,2). Sie positioniert sich im Ständerat klar am weitesten links und nahm schon im Nationalrat eine Position ganz am linken Rand der SP-Fraktion ein. Die Zeiten, in denen nur Moderate eine Chance bei der Wahl in den Ständerat haben, sind definitiv vorbei.

Dies hat sich wohl auch der parteilose Thomas Minder gedacht. In den fünf Jahren, seit im Ständerat das individuelle Abstimmungsverhalten erfasst wird, hat sich Minder Position am meisten verändert – und zwar um 5 Punkte nach rechts. Mit seiner politischen Positionierung (8,3) scheint er mittlerweile ganz bei der SVP angekommen zu sein, deren Fraktion er schon seit seiner Wahl 2011 angehört.

Drei der fünf SVP-Ständeräte politisieren heute weniger weit rechts als Minder. Der gemässigteste SVP-Politiker ist Alex Kuprecht mit einem Rating-Wert von 6,9.

Am meisten nach links bewegt hat sich seit Messbeginn der neue Präsident des Ständerats, Jean-René Fournier. Der Walliser CVP-Politiker, der eigentlich dem Gewerbellager der Partei angehört, besetzt heute mit -2,5 eine Position im linken Spektrum seiner Fraktion. Ganz am linken Rand der Fraktion findet sich jedoch Anne Seydoux-Christe (-3,7), die andere Romanide der CVP-Ständeratsdelegation. Am rechten Rand der CVP politisiert der Urner Isidor Baumann mit einem Rating-Wert von -0,2.

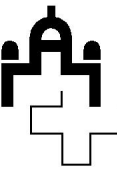
Wie bei der CVP hat sich auch bei der FDP ein Westschweizer am meisten nach links bewegt. Es ist der Neuenburger Raphaël Comte, der ohnehin den linken Pol seiner Partei besetzt (-3,8). Comte politisiert mittlerweile weit weg von seiner eigenen Fraktion. Sein nächster Fraktionskollege kommt auf einen Rating-Wert von 0,0. Es ist der Waadtländer Olivier François. Auch François gehört damit klar dem linken Flügel der FDP-Fraktion an. Trotz seiner Position genau in der Mitte des politischen Spektrums findet sich rechts von François kein einziger wei-

Mit Toni Brunner tritt der bekannteste und beliebteste SVP-Nationalrat per Ende 2018 zurück

SVP Mit dem Rücktritt von Toni Brunner endet heute eine Ära der SVP: Dank dem Toggenburger an der Parteispitze kam das Gedankengut der SVP erst richtig in der Gesellschaft an. Niemand bedauert Brunners Abschied mehr als Christoph Blocher.



Zwei, die sich blind verstanden haben:
Christoph Blocher und Toni Brunner 2003.
Foto: Edy Engeler (Reuters)



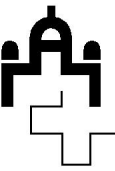
Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (1/8):

**CVP kippt
griffiges
Heimreiseverbot
für Flüchtlinge**

**Bundesgericht
darf weiter in die
Souveränität der
Kantone
eingreifen**

**Mehr Bürokratie
für die Wirtschaft**

- Im Herbst noch konnte die SVP jubeln, dass die Reise von Flüchtlingen in ihre Heimat endlich Konsequenzen haben wird. Denn wer freiwillig in sein Heimatland reist, wird dort nicht wirklich verfolgt, sondern missbraucht die Gutmütigkeit der Schweiz. Darum wollte der Nationalrat, dass diese Reisen automatisch zur Aberkennung des Flüchtlingsstatus führen. Doch auf Druck des Ständerats ist die CVP im Nationalrat wieder eingeknickt und lässt damit eine Hintertür auf.
- Der Nationalrat erlaubt dem Bundesgericht, den Kantonen bei ihren Wahlsystemen immer neue Auflagen zu machen. Einzelne Kantone mussten deswegen bereits ihre Wahlkreise oder die Sitzverteilung für die Wahl der Kantonsparlamente anpassen. Das ist ein krasser Eingriff in die Souveränität der Kantone. Der Nationalrat hat in der Schlussabstimmung zwei Standesinitiativen verworfen, die wollten, dass die Kantone wieder frei bestimmen können, mit welchem Wahlsystem sie ihre Kantonsparlamentarier wählen.
- Unternehmen ab 100 Beschäftigten müssen künftig die Löhne von Männern und Frauen analysieren. Die beschlossenen Massnahmen sind auf zwölf Jahre befristet. Die SVP hat das ganze Geschäft von Anfang an abgelehnt, weil sie sich zu einem liberalen Arbeitsmarkt bekennt. Alter, Ausbildung, Tätigkeit, Arbeitsqualität und Arbeitsleistung der jeweiligen Mitarbeitenden eines Unternehmens sind höchst unterschiedlich und zwar bei beiden Geschlechtern. Der Staat soll sich aus der Lohnpolitik der Privatwirtschaft heraushalten. Leider fand die SVP im bürgerlichen Lager zu wenig Unterstützung für eine Verhinderung der Vorlage. Es blieb nur Schadenbegrenzung.

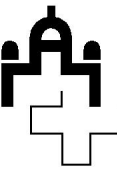


Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (2/8):

**Einschränkung
der
Meinungsäus-
serungsfreiheit**

**Bund muss
künftig in der
Schweiz drucken
lassen**

- Gegen den Widerstand der SVP hat das Parlament einer Ausweitung der Antirassismus-Strafnorm auf die «sexuelle Orientierung» zugestimmt. Dabei geht es um angebliche Diskriminierungen wegen Hetero-, Homo- und Bisexualität, obwohl das geltende Recht bereits ausreichend schützt vor Hassstaten und Beleidigungen. Die Gesetzesänderung dient darum in erster Linie der weiteren Einschränkung der Meinungsfreiheit.
- Erfolg für einen Vorstoss von Nationalrat Felix Müri: Der Bund wird verpflichtet, bei Druckaufträgen künftig Schweizer Unternehmen zu berücksichtigen. Diese schaffen hier Arbeitsplätze und bilden Lehrlinge aus, aber oftmals sind sie bei einem reinen Kostenvergleich teurer als die ausländische Konkurrenz. Nichtsdestotrotz soll der Bund die Steuergelder primär in der Schweiz ausgeben und damit die hiesige Wirtschaft unterstützen. Nach dem Nationalrat hat nun auch der Ständerat diese Motion angenommen.



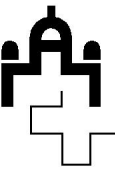
Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (3/8): Staatspolitik

**SVP greift
Problematik von
Soft Law auf**

**Doppelbürger
können weiterhin
Bundesrat
werden**

**Ständerat will an
Hotelent-
schädigung
festhalten**

- Die Diskussion um den UNO-Migrationspakt zeigte es exemplarisch: Der Bundesrat verpflichtet die Schweiz auf der internationalen Ebene in immer mehr Bereichen. Diese Verpflichtungen sind zwar rein rechtlich gesehen nicht bindend, aber ihre Einhaltung wird durch internationale Gremien überwacht. Staaten, die sich nicht daran halten, werden auf schwarze Listen gesetzt und müssen sich rechtfertigen. Politisch sind sie somit trotzdem verbindlich. Die SVP will nun, dass internationale Konventionen oder Absichtserklärungen, welche dieses sogenannte Soft Law (=weiches Recht) beinhalten, künftig dem Parlament zur Genehmigung vorgelegt werden müssen.
- Eine Initiative aus den Reihen der SVP verlangte, dass nur Bundesrat werden kann, wer ausschliesslich das Schweizer Bürgerrecht besitzt. Schliesslich vertreten Bundesräte die Schweiz. Da kann es nicht angehen, dass diese noch einen zweiten Pass besitzen. Die Bundesratskandidaten sollen sich klar zur Schweiz bekennen und daher weitere Staatsbürgerschaften aufgeben, wie dies beispielsweise FDP-Bundesrat Cassis getan hat. Leider fand der Vorschlag ausserhalb der SVP keine Unterstützung und wurde darum abgelehnt.
- Heute erhalten alle Parlamentarier, die mehr als 30 Minuten von Bern weg wohnen, eine Hotelentschädigung, selbst wenn sie jeden Abend Zuhause übernachten. Dies wollte eine parlamentarische Initiative ändern. Nur noch jene Parlamentarier, die effektiv in einem Hotel übernachten, sollten auch Spesen dafür erhalten. Doch eine Mehrheit der Ständeräte will an der heutigen Regelung nichts ändern. Damit ist die Initiative erledigt.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (4/8): Wirtschafts- und Finanzpolitik

Parlament in Spendierlaune

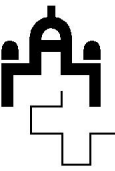
- Die SVP hatte gefordert, dass der Bund im 2019 auf ein Ausgabenwachstum im Umfang von rund 850 Millionen Franken verzichtet. Doch die guten Rechnungsergebnisse der letzten Jahre verleiteten das Parlament dazu, zusätzliche Aufgaben zu beschliessen. So beschloss National- und Ständerat in der Bildungspolitik gar mehr auszugeben, als der Bundesrat gefordert hatte. Mehr Geld bedeutet jedoch nicht zwingend bessere Qualität. Immerhin konnten aber Gelder für das Grenzwachtkorps unplatziert werden und aussernde Forderungen von Links abgewehrt werden.

Gebühren besser prüfen

- Wer eine Leistung der Bundesverwaltung in Anspruch nimmt, muss dafür Gebühren entrichten. In den vergangenen Jahren sind diese aber unverhältnismässig angestiegen. National- und Ständerat wollen nun, dass der Bund besser prüft, damit die Gebühren nur dem tatsächlich verursachten Aufwand entsprechen. Es darf nicht sein, dass die Verwaltung andere Aktivitäten mit Gebühren quersubventioniert.

Bundesrat soll Freihandelsabko mmen mit USA prüfen

- Die Schweizer Wirtschaft ist auf Exportmärkte angewiesen. Um nicht einseitig vom europäischen Markt und der EU abhängig zu sein, sollte die Schweiz mit möglichst vielen Staaten Freihandelsabkommen abschliessen. Doch ausgerechnet mit den USA, der grössten Volkswirtschaft der Welt, hat die Schweiz kein solches Abkommen. Darum will der Ständerat, dass der Bundesrat mit den USA ein Handelsabkommen anstrebt. Weil die Motion explizit verlangt, dass dabei die Interessen der Schweizer Landwirtschaft berücksichtigt werden, stimmte ihr die SVP zu. Nun muss noch der Nationalrat einwilligen.



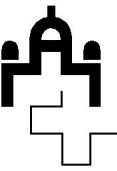
Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (5/8): Wirtschafts- und Finanzpolitik

**Parlament steht
ein für Schweizer
Unternehmen**

**Ständerat will an
Umtauschfrist für
Banknoten
festhalten**

**Kein
sozialistischer
Wohnungsbau**

- Wegen einer Änderung des WTO-Übereinkommens über das öffentliche Beschaffungswesen (GPA) muss das Beschaffungsgesetz revidiert werden. Wie der Nationalrat verfolgte dabei auch der Ständerat das Ziel, gleich lange Spiesse für Schweizer Unternehmen zu schaffen. Dafür ist er sogar bereit, an die Grenzen des internationalen Rechts zu gehen. Bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen sollen nämlich die unterschiedlichen Preisniveaus berücksichtigt werden, wenn sich in- und ausländische Unternehmen bewerben. Dies ist ganz im Sinne der SVP, die sich stets dafür einsetzt, dass unser Gewerbe auch von öffentlichen Aufträgen profitieren kann und nicht nur die ausländische Billigkonkurrenz. Das Parlament muss nun noch die Differenzen zwischen den Räten ausräumen.
- Alte Banknoten sollen ihre Gültigkeit weiterhin verlieren. Der Ständerat beschloss, an der geltenden Umtauschfrist von 20 Jahren festzuhalten. Der Gewinn der nicht eingetauschten Noten geht wie bisher an den Schweizerischen Fonds für Hilfe bei nicht versicherbaren Elementarschäden. Der Bundesrat schlug vor, die Umtauschfrist aufzuheben. Der Nationalrat muss nun noch entscheiden, wie er es handhaben will.
- Die SVP hat die sozialistische Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» im Nationalrat erfolgreich bekämpft und zur Ablehnung empfohlen. Die Initiative will Bauherren verpflichten, günstige gemeinnützige Wohnungen zu bauen, obwohl der freie Wohnungsmarkt in der Schweiz funktioniert. Die hohen Mietkosten in den Stadtzentren sind schlicht das Abbild einer hohen Nachfrage. Die SVP konnte leider den Gegenvorschlag des Bundesrates zur Volksinitiative im Nationalrat nicht bodigen. Dieser sieht eine Subventionierung von 250 Millionen Franken für gemeinnützige Wohnungen vor.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (6/8): Sicherheitspolitik

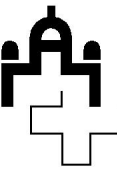
**Nationalrat
belässt Wunsch-
konzert bei der
Wehrpflicht**

**Unsinnige
Symbolpolitik**

**Volk soll sich zur
Kampfjetbeschaff-
ung äussern
können**

**Dienstbüchlein
wird digitalisiert**

- Für alle männlichen Schweizer gilt seit jeher die Wehrpflicht. Doch leider gilt diese heute nur noch auf dem Papier. Wer keinen Militärdienst leisten will, kommt heute viel zu einfach davon. Dies wollte eine Initiative aus der SVP ändern, weil die Armee deswegen trotz Bestandesreduktion Mühe bekundet, ihre Einheiten mit genügend Personal zu bestücken. Einzig die SVP-Vertreter standen im Nationalrat geschlossen für die Milizarmee ein.
- Nach dem Nationalrat nahm leider auch der Ständerat einen unsinnigen SP-Vorstoss an. Die Motion verlangt vom Bundesrat, den Atomwaffenverbotsvertrag zu unterzeichnen. Eine Welt ohne Atomwaffen ist zwar eine schöne Vorstellung, aber in der momentanen internationalen Konstellation absolut unrealistisch. Dennoch will das Parlament, dass die Schweiz eine kontraproduktive Konvention unterschreibt, der kein einziger Staat, der über Atomwaffen verfügt, je beitreten wird.
- Beide Räte stimmten einer Motion zu, die verlangt, dass das Volk raschestmöglich über die Beschaffung von neuen Kampfflugzeugen befinden kann. In irgendeiner Form wird es so oder so eine Abstimmung über die neuen Kampfjets geben. Entweder verabschieden Bundesrat und Parlament eine Vorlage, gegen welche die Armeegegner das Referendum ergreifen können oder die Armeeabschaffer lancieren eine eigene Volksinitiative.
- Wer Militärdienst geleistet hat, weiss, ohne Dienstbüchlein läuft in der Schweizer Armee nichts. Und dennoch passiert es oft, dass Armeeangehörige es verlieren oder fehlerhafte Einträge gemacht werden. Deshalb sprach sich nach dem Nationalrat nun auch der Ständerat für eine Digitalisierung des Dienstbüchleins aus.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (7/8): Sozial-/Gesundheitspolitik und Rechtsfragen

**Krankenkassen-
vermittlung
besser regeln**

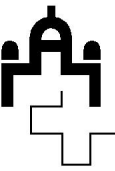
- Mit Unterstützung der SVP verabschiedete der Ständerat eine Motion, welche die teilweise nervige und unseriöse Vermittlung von Krankenversicherungen besser regeln will. Insbesondere sollen die Kaltakquise per Telefon verboten, die Vermittler besser ausgebildet und eine Pflicht für die Erstellung von beidseitig zu unterzeichnenden Beratungsprotokollen etabliert werden. Die Motion geht nun an den Nationalrat.

**Krankenkassen-
Prämienregionen
sollen
beibehalten
werden**

- In ländlichen Gebieten sind die Krankenkassenprämien oft tiefer als im städtischen Umfeld, weil die Bevölkerung im Umgang mit ihrer Gesundheit in der Regel viel mehr Eigenverantwortung an den Tag legt. Dies soll weiterhin belohnt werden. Darum hat der Ständerat auf Initiative der SVP eine Motion verabschiedet, damit die heutige Einteilung der Prämienregionen beibehalten werden kann. Denn anstatt Massnahmen zu ergreifen, um die Gesundheitskosten mittels mehr Eigenverantwortung auch in den Städten zu senken, will die Linke einfach die Grenzen der Prämienregionen anders ziehen, um die Kosten auf die Agglomerationen abzuwälzen. Es bleibt jedoch offen, wie der Nationalrat entscheiden wird.

**Opfer von
häuslicher
Gewalt und
Stalking werden
besser geschützt**

- Das Parlament will Opfer von häuslicher Gewalt und Stalking besser schützen. Beide Räte haben dem Gesetzesprojekt zugestimmt. Zu den Massnahmen zählen etwa Rayonverbote und elektronische Fussfesseln für Stalker. Ob das Strafverfahren fortgeführt wird, soll nicht mehr allein von der Willensäusserung des Opfers abhängen. Vielmehr sollen die Strafbehörden für den Entscheid verantwortlich sein. Zudem sollen die Täter teilweise selbst für die Überwachungsmassnahmen aufkommen müssen.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (8/8): Umwelt-, Kommunikations- und Verkehrspolitik

**Ständerat verteilt
Geld für globale
Umwelt**

- Die Schweiz soll von 2019 bis 2022 insgesamt 147,83 Millionen Franken für die Unterstützung der globalen Umwelt aufwenden. Das Geld fliesst in zahlreiche – teilweise auch undurchsichtige – Projekte zu Klimaschutz, Biodiversität, Gewässer- und Bodenschutz sowie solche zum Umgang mit Chemikalien und Abfällen. Zum Vergleich: China als weltweit grösster Umweltverschmutzer wird gerade mal 22 Millionen Dollar einzahlen.

**Post muss bis
12.30 Uhr im
Briefkasten
liegen**

- Mit Unterstützung der SVP verabschiedete nach dem Nationalrat nun auch der Ständerat eine Motion. Der Bundesrat muss nun die Post dazu verpflichten, dass sämtliche Haushalte in der Schweiz ihre Post bis spätestens 12.30 Uhr erhalten. In gewissen Randregionen lässt sich die Post heute bis am Nachmittag Zeit, was für Unternehmen und Zeitungen ein grosser Nachteil ist.

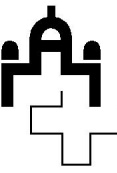
**Subventionen für
Kugelfang-
sanierungen**

- Die in den letzten Jahren erfolgten Sanierungen von 300-Meter-Schiessanlagen zeigen, dass die Kosten pro Scheibe beträchtlich variieren und meist höher sind als erwartet. Dank einer Motion aus der SVP wird der Bund sich künftig mit 40% an den Sanierungskosten beteiligen.

**Keine
ideologischen
30er Zonen mehr**

- Auf Hauptverkehrsachsen innerorts sollen Tempo-30-Zonen nur aus Sicherheitsgründen eingeführt werden dürfen. Für den Lärmschutz will sie der Nationalrat nicht mehr zulassen. Damit folgte er einer parlamentarischen Initiative der SVP. Immer mehr linksgrün regierte Städte schotten sich aus ideologischen Gründen gegen den Individualverkehr ab, indem sie auf den Hauptachsen Tempo 30 einführen, während Bund und Kantone mit viel Steuergeldern den Agglomerationsverkehr fördern.

-
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr
 2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session
 - 3. Besuch im Bundeshaus**
 4. Aktualitäten



Ein Besuch im Bundeshaus ist während den Sessionen jederzeit möglich – ich würde mich sehr darüber freuen!

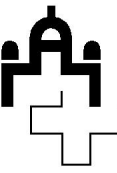
Die nächsten Sessionen finden an folgenden Daten statt:

- **Frühlingsession: 4. – 22. März 2019**
- **Sommersession: 3. – 21. Juni 2019** (2. Woche: Dienstag bis Freitag; 10. Juni = Pfingstmontag)
- **Herbstsession: 9. – 27. September 2019**
- **Wintersession: 2. - 20. Dezember 2019**

Ein Besuch im Bundeshaus ist wie folgt möglich:

- **Als Gruppe bis max. 40 Personen:**
 - Anmeldung im Internet unter www.parlament.ch:
Home > Services > Besuch im Parlamentsgebäude > Sessionsbesuche
 - Für Rückfragen E-Mail an sessionsbesuche@parl.admin.ch oder Tel. unter +41 58 322 97 11
- **Als Einzelperson oder Gruppe bis max. 4 Personen:**
 - E-Mail an mich
 - Individueller Besuch im Bundeshaus inkl. Besuch der Wandelhalle

-
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr
 2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session
 3. Besuch im Bundeshaus
 - 4. Aktualitäten**



Einladung Neujahrsapéro SVP des Kantons Zug 2019

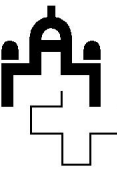
Donnerstag, 10. Januar 2019

ab 18.00 Uhr

Kath. Pfarreiheim, Cham

(Bitte Parkhäuser Mandelhof und Rigiplatz benutzen)

**Mit Nationalrat Adrian Amstutz und
Bandleader Christoph Walter**



Haben Sie Fragen?